

Im Zeichen der Perestroika

Der Zentralauschuß des ÖRK in Moskau

Es stand zu erwarten, daß Ort und Zeitpunkt der diesjährigen Tagung des Zentralaussschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) ihr das besondere Gepräge und ein spezifisches Gewicht geben würden. Zwar hatten schon viele kleinere Konsultationen und vor allem Besuche von Vertretern des ÖRK in der Sowjetunion stattgefunden. Das Jahr 1966 verzeichnet sogar eine Sitzung seines Exekutivausschusses am Schwarzen Meer in Odessa. Aber mit der Zusammenkunft des Zentralaussschusses vom 17. bis 26. Juni 1989 in Moskau fand dennoch eine Art Premiere statt. Nicht nur für die gastgebende Russische Orthodoxe Kirche, die dafür das ganze Central Tourist House mit seinen dreiunddreißig Stockwerken und verschiedenen Konferenzsälen am Lenin-Prospekt weit im Südwesten der Stadt gelegen gemietet hatte, verbanden sich mit diesem Ereignis hohe Erwartungen – und eine immense, aber großartig bewältigte organisatorische Arbeit. Auch die Mitglieder des Zentralaussschusses, die Berater, Freunde und zahlreichen Gäste waren mit Recht auf dieses Treffen sehr gespannt, das nun gerade zu den Zeiten der politischen Umgestaltung in der Sowjetunion stattfinden sollte.

Unter neuem Vorzeichen

Als die Russische Orthodoxe Kirche diese Einladung auf der ersten Zentralaussschußsitzung noch in Vancouver gleich nach der Vollversammlung im August 1983 aussprach, konnte wohl niemand die heutige Entwicklung in der östlichen Vormacht unserer nördlichen Welt mit Bestimmtheit voraussehen. Doch kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Russische Orthodoxe Kirche mit ihrem vor sechs Jahren ergangenen Anerbieten nach innen und außen ein klares Bekenntnis zu ihrem Engagement im ÖRK hat abgeben wollen und zugleich ein hoffnungstarkes Zeichen ihrer Gewißheit vom Herannahen neuer Zeiten im eigenen Land. Als dann der Vorsitzende des Ministerrates der Sowjetunion Nikolai Ryschkow den Zentralaussschuß am 21. Juli dieses Jahres im festlich erleuchteten Georgensaal des Großen Kremlopalastes empfing, wurde die sich vollziehende Wende in den Beziehungen von Staat und Kirche im Land der großen Oktoberrevolution geradezu sinnfällig. Für mich gewann diese Begegnung im Zentrum der sowjetischen Regierungsmacht eine weit über den sonst üblichen protokollarischen Charakter eines solchen Empfangs hinausgehende Symbolkraft. Der Premierminister der Sowjetunion würdigte vor den Ohren der Delegierten aus den Kirchen aller Welt den Beitrag der Kirche „zur jetzt lebensnotwendigen Konsolidierung unserer Gesellschaft, zur Erziehung der Menschen zu gegenseitiger Achtung und zur Förderung humanistischer Grundsätze in unserem Leben“. Er signalisierte die Hoffnung, die Kirchen und alle Gläubigen werden „sich immer stärker engagieren in der Bekämpfung gesellschaftswidriger Eigenheiten wie Trunkenheit und Alkoholismus, Rowdytum und Kriminalität, extre-

mistische und nationalistische Einstellungen“. Es klang, als wollte er zum Ausdruck bringen, daß ohne das Mitwirken der Kirchen die Perestroika nicht würde gelingen können und der Weg zum wahren Wesen des Sozialismus in seiner ursprünglichen humanistischen Bedeutung nicht zu finden sei. Vielleicht ist dies zu viel herausgehört. Doch bleibt es bemerkenswert, daß der atheistische Staat nach den Jahrzehnten der Distanzierung, der Verfolgung und Unterdrückung der Kirche nun ihre moralische Macht und ihren „humanisierenden“ Einfluß anerkennt und geradezu darum wirbt.

Bewahrung der Schöpfung

Es war bezeichnend, daß der sowjetische Ministerpräsident ausdrücklich den Schutz der natürlichen Umwelt als ein zunehmend bedeutender werdendes Gebiet „unserer konzertierten Anstrengungen“ erwähnte, „für Atheisten und Gläubige, für den Staat und für die Kirche gleichermaßen“. Darin bestätigte sich eine auch sonst zu machende Beobachtung, daß sich in der Sowjetunion – nicht zuletzt seit dem Unglück von Tschernobyl im April 1986 – das Thema der Schöpfungsbewahrung gegenüber der sonst geläufigen Beschwörung einer Notwendigkeit der Verantwortung für Frieden und Abrüstung in den Vordergrund gedrängt hat. Bei einer Reise zu den lutherischen Gemeinden deutscher Sprache in Sibirien und Kasachstan, die der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Martin Kruse, und ich zusammen mit ihrem Bischof Harald Kalnins aus Riga im Anschluß an den Zentralauschuß vom 28. Juli bis 6. August unternahmen, wurde von den Umweltproblemen aufgrund unmittelbarer Erfahrungen ganz offen gesprochen. Und dies nicht nur seitens der Gesprächspartner in den Kirchen, sondern auch von den Vorsitzenden der Stadtsowjets in Omsk und in Semipalatinsk. Bei einem interreligiösen und interkonfessionellen Rundtischgespräch unter dem Leitthema „Friedensstiftung und religiös-moralische Werte“, das der russische orthodoxe Erzbischof Feodosij in Omsk aus Anlaß unseres Besuches zum dritten Mal seit 1987 einberufen hatte, wurde ein Aufruf verabschiedet, in dem es unter anderem heißt: „Der Friede zwischen den Völkern und der ökologische Frieden sind eng miteinander verbunden. Die ökologische Krise droht unumkehrbar zu werden, wenn die Menschheit ihre Bemühungen bei der Erhaltung der Natur nicht vereinigt . . . Jeder muß in sich, in der Familie und im gesellschaftlichen Alltag das Verantwortungsgefühl für das Leben und die Ganzheit der Schöpfung verstärken. Zur Zeit leidet die Natur unter dem egoistischen, konsumgerichteten Verhalten ihr gegenüber. Die Zukunft der Menschheit hängt davon ab, ob sie sich vernünftig einschränkt und auf künstlich aufgebaute Bedürfnisse verzichtet. Wollen wir in uns und in unseren Nächsten die Tugend der Enthaltbarkeit erziehen, die von allen Religionen hochgeschätzt wird.“

Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung

Es war daher kein Wunder, daß die für März 1990 in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul vorgesehene Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung für die informierte Öffentlichkeit in der Sowjetunion von besonderem Interesse ist. Sie fand auch in der Grußansprache von Ministerpräsident

Ryschkow im Kreml eine ausdrückliche Erwähnung. Der Zentralaussschuß selbst befaßte sich zum letzten Mal nur wenige Monate vor ihrer Durchführung mit den Fragen ihrer Planung. Allen Beteiligten stand zur Genüge vor Augen, daß „die Zeit drängt“, daß die knappe Konferenzdauer von nur sieben Tagen zu einer Konzentration auf wenige der bedrängenden Themen nötigt und daß Wege wirksamer und verbindlicher Weiterarbeit gefunden werden müssen. Daher soll die siebte Vollversammlung des ÖRK ein Jahr später in Canberra als eine erste Gelegenheit genutzt werden, die Ergebnisse und Verpflichtungen aus der Konvokation in Seoul aufzugreifen und zu vertiefen: in einer eigenen Plenarveranstaltung, aber vor allen Dingen auch in den Gottesdiensten. Für Seoul selbst sind drei Themenbereiche zur konkreten Beratung und Beschlußfassung (Bundesschlußaktion) festgelegt worden: die ungerechte internationale Wirtschaftsordnung und die Schuldenkrise; die Strategien der „totalen Sicherheit“ (Militarismus) und der „Treibhauseffekt“. Auch bei dieser klaren thematischen Beschränkung bleibt die Frage bestehen, ob es gelingt, die damit bezeichneten globalen Probleme in einer gründlichen und glaubwürdigen Weise anzugehen. Jedenfalls hat der Zentralaussschuß ausdrücklich auf die „Teilnahme einer ausreichenden Zahl von Personen in leitenden Positionen aus Politik und Wirtschaft“ Wert gelegt. Die zwischenzeitlich aufgrund finanzieller Erwägungen entstandene Unsicherheit über die Zahl der Teilnehmer wurde insofern beseitigt, als der ursprünglich vorgesehene Umfang von 550 Personen bestätigt wurde. Von einer aktiven Beteiligung der römisch-katholischen Kirche mit 50 Delegierten ist auch weiterhin auszugehen, wenn auch eine endgültige offizielle Zusage zur Zeit der Zentralaussschußsitzung noch ausstand. Bemerkenswert ist übrigens schließlich, daß der Zentralaussschuß empfohlen hat, das Problem der Behinderten im Themenbereich der Gerechtigkeit zu berücksichtigen. Immerhin wird geschätzt, daß etwa 10 % der Weltbevölkerung zu diesem Personenkreis zu zählen ist.

Weltproblem Armut

Mehrere thematische Plenarsitzungen sollten dem Zentralaussschuß in Moskau die Gelegenheit geben, sich gleichsam in Vorbereitung auf Seoul mit Grundfragen von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu befassen. Sie waren aber auch dazu gedacht, die weitere sowjetische Öffentlichkeit mit den Herausforderungen bekanntzumachen, vor die sich die Kirchen mit allen Menschen guten Willens ungeachtet der religiösen, politischen und ideologischen Unterschiede gestellt sehen. Eines dieser Themen war das Welthungerproblem. Die Vorträge des methodistischen Bischofs Federico Pagura aus Buenos Aires und des Professors für Wirtschaftswissenschaften Bob Goudzwaard aus Amsterdam wären es wert gewesen, ausführlich auf eine konkrete Meinungsbildung und Beschlußfassung hin diskutiert zu werden. Dazu kam es – wie so oft – aus zeitlichen Gründen nicht.

Mit der Leidenschaft eines Lateinamerikaners, die galoppierende Verarmung seines einstmals wohlhabenden Heimatlandes Argentinien vor Augen, beschwor Pagura die Kirchen, mit dem biblischen Bekenntnis ernst zu machen, daß die Welt Gott gehört und nicht Eigentum einiger weniger ist, und sich nicht länger der Sünde schuldig zu machen, die Armen der Erde zu vergessen, die sich wie in der Stadt Mexiko zu Millionen von Abfall und Müll ernähren müssen. Er griff die Forderung

einer Kirche in Brasilien auf, der ÖRK möge ein Programm der Bekämpfung der internationalen Schuldenkrise einrichten. Seine Frage war bedrängend hart und schmerzlich schneidend, ob nicht unsere westliche Welt (zu der er sich auch selbst rechnet) den Markt gleichsam als ein Idol ins Zentrum des Systems gerückt habe, wie der Faschismus den Staat und der Stalinismus die Partei. Unabweisbar wurde jedenfalls in allen Anwesenden die Gewißheit, daß es so nicht weitergehen kann.

In der nüchternen Art des Wissenschaftlers, doch nicht weniger erregend, legte auch Professor Goudzwaard dar, daß die wachsende Verarmung des größeren Teiles der Menschheit am System liegt. Vor etwa zwanzig Jahren habe man geglaubt, die Weltarmut unter bestimmten Bedingungen in den Griff bekommen zu können: wenn genügend Geld zur Verfügung stehe, die nötigen menschlichen und materiellen Ressourcen mobilisiert werden können und eine Ausweitung der freien Marktwirtschaft gelinge. Doch schein das Gegenteil der Fall zu sein. So sei die Weise, wie Geld in unserer Welt geschaffen wird, eine der Hauptursachen für das Problem der Armut und zudem ein schreiendes Unrecht. Länder, die Leitwährungen ihr eigen nennen wie die USA mit ihrem Dollar, seien gegenüber den armen Nationen privilegiert. Sie können sich Defizite leisten und drucken nach Bedarf Geld zu deren Finanzierung, das aber von den armen Nationen als internationales Zahlungsmittel akzeptiert werden muß und von ihnen teuer geliehen und bezahlt wird. So ist in der Tat eine Lage entstanden, in der die wohlhabenden Länder von den Armen der Erde leben. Auch der freie Markt sei hier kein Heilmittel, da er bei Mangel an Kapital auf menschliche Werte und Bedürfnisse keinerlei Rücksichten nimmt. Goudzwaard gab freilich zu bedenken, daß rein technische Lösungen dem Gesamtproblem nicht abhelfen. Er rief die Kirchen auf, eine Führungsrolle beim Umdenken in ihren Gesellschaften zu übernehmen, im Westen wie im Osten. Nicht das Verlangen nach „immer mehr“, sondern ein Lebensstil des Genügens müsse die Devise sein. Er sah in den gegenwärtigen Veränderungen im Ost-West-Verhältnis Anzeichen einer internationalen Perestroika, die zur Verringerung der Rüstungsausgaben und langfristig zu einer Umlenkung der Kapitalströme zugunsten der armen Nationen führen könne.

Gesundheit und Heilung

In einer anderen Plenarsitzung stellte die christliche Gesundheitskommission die Ergebnisse ihrer zwölfjährigen Studienarbeit zu dem Thema eines christlichen Verständnisses von Gesundheit, Heilen und Ganzheit vor. Sie gipfelte in der einleuchtenden, aber zunächst verblüffenden Feststellung, daß Gesundheit nicht in erster Linie ein medizinisches Problem ist. Zwar habe es enorme Fortschritte in der medizinischen Wissenschaft und Praxis gegeben. Doch sei man auch an die Grenzen der wissenschaftlichen Medizin gestoßen: sie komme wegen ihrer hohen und immer weitersteigenden Kosten nicht den Armen, sondern nur denen zugute, die sie auch bezahlen könnten. Und: sie könne die heilende Kraft menschlicher Zuwendung, Fürsorge und Vergebung nicht ersetzen. Darum gelte es, andere, neue Wege der Heilung zu finden. Vor allem müsse die geistliche Dimension der Gesundheit wieder neu ernst genommen werden: „Selbst inmitten der Armut bleiben Menschen gesund, während viele Menschen, die in Überfluß leben, chronisch krank sind. Wie kommt

das? Die Medizin macht sich allmählich die biblische Wahrheit zu eigen, daß Glaube und Gefühle letztlich Heilmittel und Heilkräfte sind. Es hat sich gezeigt, daß unbewältigte Schuld, Ärger und Haß ebenso wie Sinnleere das Immunsystem des Körpers am stärksten unterdrücken, während liebevolle zwischenmenschliche Beziehungen in der Gemeinschaft es am besten schützen. Wer in liebevoller Harmonie mit Gott und mit den Nächsten lebt, kommt nicht nur am besten über Schicksalsschläge und Leiden hinweg, sondern er geht daraus sogar gestärkt hervor.“

Grenzen der Wissenschaft

Große Beachtung hatte einige Tage zuvor eine Forumsveranstaltung im Rahmen des Zentrallausschusses zum Thema der Perestroika in der Sowjetunion gefunden. Unter dem Vorsitz von Erzbischof Kirill von Smolensk und Wjasma, seit 1975 selbst Mitglied im Zentrallausschuß, sprachen namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Sowjetunion über die Notwendigkeit und die Reichweite, die Gründe und die Ziele der gegenwärtig vor sich gehenden Umgestaltung in der sowjetischen Gesellschaft: Andrej Gratschow, stellvertretender Leiter der außenpolitischen Abteilung beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion; Boris Rauschenbach, Mathematiker und Physiker, Mitglied der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften; Gennadij Lisitschkin, ein Verleger und Wirtschaftsspezialist; und Sergej Zalygin, Schriftsteller und Herausgeber der Literaturzeitschrift *Nowy Mir*; die beiden letztgenannten auch Mitglieder des Kongresses der Volksdeputierten. Übereinstimmend war bei allen die Überzeugung, daß es bei der Perestroika nicht um einen äußerlichen oder nur politischen Vorgang geht, sondern daß sie auf eine neue Ethik der Gewissenhaftigkeit, Verantwortung und Mitmenschlichkeit hinausläuft. Der Weltraumspezialist Rauschenbach nannte den „Dienst am Nächsten“ das Kennzeichen der wahren Menschlichkeit, dem der vorherrschende Egoismus weichen müsse und als dessen Ausdruck im politischen Leben die Kooperation anstelle der Konfrontation zu gelten habe. Er gab deutlich zu verstehen, daß die bloße Wissenschaft und die reine Endlichkeit den Menschen nicht glücklich machen und dem Leben einen letzten Sinn nicht zu geben vermögen.

Biotechnologie

Zu einer intensiven, wenn auch zeitlich begrenzten Debatte kam es auf dem Zentrallausschuß in Moskau nach einer eindrucklichen Vortragsveranstaltung über die jüngsten Entwicklungen auf dem Feld der Biologie und der Genforschung mit ihren Anwendungsmöglichkeiten und mit den dadurch aufgeworfenen Fragen ethischer Verantwortung. Eine klare Mehrheit des Zentrallausschusses neigte einer deutlich kritischen Einstellung zu diesen Fragen zu. Man entschied sich angesichts der unabherrschbaren und nicht mehr zu kontrollierenden Folgen zu einem Aufruf an die Kirchen, sich in ihren Herkunftsländern für wirksame Sicherheitsmaßnahmen und einschneidende Kontrollen gegenüber jedem Mißbrauch der Gen-Technologie einzusetzen: es müsse die öffentliche Meinung entsprechend mobilisiert werden. Insbesondere forderten die Delegierten ein Verbot von Gen-Untersuchungen zum Zweck der Geschlechtsbestimmung, des kommerziellen Austragens von Kindern, der Embryo-

forschung (bei klar definierten Bedingungen für eventuelle Ausnahmefälle) und vor allem jeglicher Anwendung gentechnischer Methoden in Forschungsprogrammen der biologischen und chemischen Kriegsführung. Die innerstaatliche Gesetzgebung und internationale Konferenzen mußten zu diesem Zweck klare und durchsetzbare Regelungen beschließen. In der Aussprache, an der sich bezeichnenderweise fast ausschließlich Frauen beteiligten, wurde eine tiefe Betroffenheit über die drohenden Gefahren einer Manipulierung, Gefährdung und Schädigung des Menschseins, ja der gesamten Schöpfung durch die neuen Kenntnisse und Techniken geäußert. Ihren Auswirkungen sind vor allem die Länder der Dritten Welt schutzlos ausgeliefert. Freilich wurde andererseits auch leidenschaftlich geltend gemacht, daß die heutigen Möglichkeiten etwa der Fortpflanzungsmedizin nicht nur in einem überwiegend negativen Licht gesehen werden dürfen. Denn sie eröffne etwa kinderlosen Frauen auch einen verantwortbaren Weg zur Mutterschaft.

An der Behandlung dieses Themas der Biotechnologie und der lebhaften Aussprache darüber hat sich gezeigt, welche Bedeutung das ursprünglich verhältnismäßig wenig beachtete Gebiet der Schöpfungsverantwortung inzwischen auch theologisch und ethisch gewonnen hat. Es erweist sich als ebenso grundlegend wie kompliziert, erregend und internationaler Absprachen bedürftig. Denn „Wissenschaft kennt keine Grenzen“, wie der Erzbischof von York, John Habgood, als Vorsitzender der ÖRK-Arbeitskommission für Kirche und Gesellschaft in Moskau sagte, um auch die Rolle internationaler Zusammenschlüsse wie des ÖRK als Ort gemeinsamer ethischer Besinnung in diesem Zusammenhang hervorzuheben.

Mission und Evangelisation

Metropolit Philaret von Minsk und Weißrußland, Leiter des Kirchlichen Außenamtes der Russischen Orthodoxen Kirche und Vorsitzender des örtlichen zwischenkirchlichen Vorbereitungsausschusses, hatte in seinem Grußwort zu Beginn der Tagung die allen Kirchen in ihrem gesellschaftlichen Wirken in der Sowjetunion jetzt gestellten Aufgaben so benannt: die Unterweisung der Kirchenmitglieder in einer christlichen Lebensführung, die diakonischen Werke der Barmherzigkeit und die Förderung des Friedens (the moral up-bringing of the people of God, charity and peace-making) und sprach im Zuge der sich wandelnden Staat-Kirche-Beziehungen in seinem Land von „neuen Möglichkeiten für das religiöse Leben, Zeugnis und Dienst“, einschließlich der „Verkündigung des Evangeliums in unserer säkularisierten Gesellschaft“.

Die Frage, ob die Kirchen nach einer jahrzehntelangen Abdrängung in das kulturelle Ghetto diesen Herausforderungen gewachsen sind, haben sich nicht nur viele auswärtige Teilnehmer an der Zentralauschußsitzung gestellt. So räumte etwa Erzbischof Kirill beim abendlichen Forum über die Perestroika unumwunden ein, daß die Kirche auf diese neue Situation nicht gut vorbereitet gewesen sei, wo sie doch „jetzt den beleuchteten Teil der gesellschaftlichen Bühne betritt“. Doch, so fügte er hinzu, sind „viele von uns durch die Schule des Ökumenischen Rates gegangen“, dessen Fragestellungen und Programme nicht wenigen aus der Russischen Orthodoxen Kirche zuerst irritierend fremd und als nicht zum kirchlichen Aufgabenkreis gehörig vorkamen. „Nun aber ist die Tagesordnung des Ökumenischen Rates

der Kirchen auch die unsere.“ Vor diesem Hintergrund geriet die Sitzung des Zentralaussschusses in Moskau auch zu einer Art kleinem Anschauungsunterricht für die Kirchen in der Sowjetunion im Blick auf Zeugnis und Dienst für das Evangelium in einer sich öffnenden, säkularisierten Gesellschaft.

Es geschah daher nicht von ungefähr, daß Generalsekretär Emilio Castro seinen Bericht zu Beginn der Zentralaussschußtagung dem Thema von Mission und Evangelisation widmete, einer der grundlegenden Zielsetzungen des ÖRK, nachdem er sich ein Jahr zuvor in Hannover mit der Frage der Einheit der Kirche befaßt hatte. Der Zentralaussschuß wurde zudem auch ausführlich mit Verlauf und Ergebnisse der kürzlich durchgeführten zehnten Weltmissionskonferenz in San Antonio, USA, Ende Mai dieses Jahres bekannt gemacht (vgl. ÖR 3/89, 311–315), auf die sich Emilio Castro mehrfach ausdrücklich bezog.

Er nannte „die Dimension der Evangelisation grundlegend für die ökumenische Berufung und für die *raison d'être* des Ökumenischen Rates“. In seinem Bericht ging es ihm darum zu zeigen, wie diese Dimension der Christusverkündigung heute „praktisch gelebt werden“ kann, und zwar im Blick auf den Aufbau einer verantwortungsbewußten menschlichen Gesellschaft, auf die durch die Wissenschaften, insbesondere die Biotechnologie, aufgeworfenen Fragen und auf ein dialogbereites Zusammenleben mit Menschen anderen oder keines Glaubens. Es war offensichtlich, daß er dabei vor allem die nun in der Sowjetunion im Zuge der Perestroika anstehenden Probleme im Blick hatte; ein Versuch also, Orientierungen für Wege der Evangelisation in einer sich wandelnden Gesellschaft zu geben. Leider konnte auch dieser weit ausgreifende Bericht nicht genügend diskutiert werden.

Unter Bezug auf die Suche nach einer neuen Gesellschaft und das Leitbild des Menschlichen in ihr machte Emilio Castro geltend, daß „die Wurzeln der Entfremdung tiefer reichen als nur in die gesellschaftlichen Strukturen“. Es gehe um einen Beitrag der Kirchen zur gesellschaftlichen Erneuerung „durch eine christliche Präsenz, die die Werte des Evangeliums verkörpert“; aber auch durch die Teilnahme an der öffentlichen Diskussion über die entscheidenden Grundlagen eines gesellschaftlichen Zusammenlebens, die weit über das rein Materielle hinausweisen: „Begriffe wie Schuld und Verantwortung, Vergebung und Neuanfang, neues Leben und Freiheit sind Dinge, zu denen wir uns im Dialog bekennen müssen“; denn sie geben eine Möglichkeit, die Botschaft des Evangeliums von Jesus Christus aufs neue zur Geltung zu bringen.

Dem Problembereich der modernen Wissenschaften zugewandt, gab Emilio Castro zu bedenken: „Wenn wir das Evangelium von Jesus Christus verkündigen, so nennen wir einen Namen, der seltsam klingt in einer Welt von Genen, Mutationen und Erscheinungen, die sich über Jahrmillionen erstrecken. Doch der Name Jesus Christus steht für ein geschichtliches Handeln, bei dem menschliche Unvollkommenheit, Sünde und Aggressivität nicht einfach als Schicksal und als Ausdruck der Begrenztheit menschlichen Daseins akzeptiert werden, sondern als Verantwortung und Schuld angenommen werden und im Erlösertod am Kreuz eine geschichtliche Antwort finden. Das neue Leben, das uns in Jesus Christus angeboten ist, bedeutet einen Prozeß der Heiligung und eröffnet die Möglichkeit zur Verwandlung der ganzen Wirklichkeit, . . . als Berufung, die für alle Menschen, ob Wissenschaftler oder nicht, Gültigkeit hat . . . Die Betonung des neuen Lebens in Christus und

die Dimension der Spiritualität inmitten einer genetischen Kette, die nur durch Zufall bestimmt scheint, jedoch heute dem Einfluß technologischer Macht unterliegt, ist ein evangelistischer Auftrag, der uns herausfordert und zu gemeinsamen Bemühungen verpflichtet.“

Zu dem schwierigen Thema eines Zusammenlebens und des Dialogs mit Menschen anderer Religionen und Ideologien heißt es bei Castro: „Im Hinblick auf den missionarischen Charakter von Gottes Botschaft in Jesus Christus nähern wir uns anderen im gleichen Geist der Liebe, des Teilens und des Mitteilens, der das Leben des Menschen aus Nazareth bestimmt hat . . . Das Zeugnis, das wir unserem Nächsten schulden, ist das Zeugnis von der in Jesus Christus offenbarten Liebe Gottes – einer Liebe, von der wir nur in einer Beziehung der Liebe Zeugnis ablegen können, in der wir unseren Nächsten annehmen und uns für das menschliche Dasein mitverantwortlich wissen . . . Auf der Suche nach einer zentralen Motivation für unsere Evangelisation . . . haben wir uns von einer negativen Beurteilung des anderen leiten lassen, statt ausschließlich von der Kontemplation des gekreuzigten Christus und seines Dienstes der Liebe. Theologisch ist klar, daß das Evangelium *per definitionem* für andere ist, doch als Ausdruck und Botschaft einer nichtsektiererischen Liebe. Wir berauben unseren Nachbarn, wenn wir nicht evangelisieren; wir berauben das Evangelium, wenn wir uns auf Proselytismus einlassen. Wir dienen dem Evangelium, indem wir einander lieben, aufeinander hören, in Eintracht miteinander leben und bestrebt sind, Schranken zu überwinden.“

Politische Klärungen

Der Versuch, Stellungnahmen zu „Fragen von öffentlichem Interesse“ (public issues) zu begrenzen, wird auf jeder Zentralaussschußtagung aufs neue unternommen und mißlingt in ebenso schöner Regelmäßigkeit, da es sehr schwer ist, sich den Bitten von Delegierten zu versagen, in ökumenischer Solidarität zu den bedrängenden Problemen ihres Landes oder ihrer Region Stellung zu nehmen. So hat sich der Ökumenische Rat von Moskau aus zu Namibia, zu Südafrika, zum Libanon und zu dem Problem der von Israel besetzten Gebiete auf dem Westufer des Jordan, zu China und zu Sri Lanka geäußert. Was hier aber freilich besondere Erwähnung finden soll, sind die Erklärungen zu Korea und zu Europa sowie die Debatte zu Rumänien.

Zum ersten Mal seit Jahrzehnten war es, unter anderem auch durch umsichtige Bemühungen des ÖRK selbst, möglich geworden, daß Christen vom „Bund koreanischer Christen“ aus Nordkorea auf der Sitzung in Moskau zugegen waren. Sie wurden mit von Herzen kommender Begeisterung begrüßt. Dabei wurde eine längere Erklärung über „Frieden und Wiedervereinigung in Korea“ verabschiedet, die in sorgfältigen Vorarbeiten entstanden war. Das wurde insofern als ein gewichtiger historischer Augenblick empfunden, als es die erste internationale politische Erklärung zu dem weithin verdrängten Problem von Frieden und Einheit auf der koreanischen Halbinsel seit 43 Jahren war.

In einer weiteren „Erklärung“ zu den Entwicklungen in Europa begrüßte der Zentralaussschuß den „Prozeß der Wandlung, der in Europa stattfindet und zu größerer Zusammenarbeit unter den Nationen führt“. Er bezieht sich dabei auf drei

Vorgänge der jüngsten Zeit: das Wiener Schlußdokument der KSZE (ÖR 3/89, 334ff) eröffne neue Möglichkeiten zur Förderung der Religionsfreiheit, der Menschenrechte und der Rechte von nationalen Minderheiten; die einheitliche europäische Akte 1992 beschleunige das Zusammenwachsen in Westeuropa, könne aber auch zu neuen Polarisierungen in den Wirtschaftsbeziehungen auf dem europäischen Gesamtkontinent und zwischen Europa und den südlichen Ländern der Welt führen; die Veränderungen in der Sowjetunion und in anderen osteuropäischen Ländern sowie der „Ruf nach einem gemeinsamen europäischen Haus“ sollten mit ihren Auswirkungen auf Europa und die Welt im Ganzen Aufmerksamkeit finden. Die Kirchen werden gebeten, sich mit diesen neuen Entwicklungen vertraut zu machen, sich für die Menschenrechte und für die nationalen Minderheiten einzusetzen und für die Heilung der Spaltungen in den Nationen und zwischen den Nationen Europas Fürbitte zu tun.

Rumänien

Zu den nach wie vor bedrängenden Problemen in Rumänien lag der im Vorjahr vom Zentralauschuß in Hannover erbetene Bericht des Generalsekretärs vor. Er nahm unter anderem auch auf einen kürzlichen Besuch Bezug, den Pastor Jacques Maury aus Frankreich und Direktor Wilhelm Nausner aus Österreich im Namen des ÖRK und der Konferenz Europäischer Kirchen in Rumänien gemacht hatten. Dieser Bericht wurde von vielen als unbefriedigend empfunden, zumal da er auf die unerträglichen Sachverhalte allenfalls indirekt und allgemein einging und ein klares Wort gegen Diktatur und Menschenrechtsverletzungen vermissen ließ. Daher stellte der US-Delegierte William Thompsen zu Beginn der Debatte den Antrag, daß eine eigene Erklärung zur Situation in Rumänien und in den Nachbarstaaten ausgearbeitet und vorgelegt werde. Die weitere Aussprache darüber wurde in aller Offenheit und Freiheit geführt. Als erster kam ein reformierter Pfarrer ungarischer Herkunft aus Rumänien zu Wort, der seinerseits keinen Anlaß für eine solche Erklärung sah, da die Kirchen in Rumänien ihrem Dienst ungehindert nachgehen können. Bei der Abstimmung ergab sich keine Mehrheit für den Antrag, der mit 78 zu 33 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt wurde. Dagegen wurde der Bericht des Generalsekretärs entgegengenommen. Darin wird am Ende festgestellt, daß alles Handeln des ÖRK im Blick auf Rumänien sowohl von Einfühlung in die Lage der dortigen Kirchen wie auch von der Sorge um die Menschenrechte im Land bestimmt sein müsse. Er schließt mit fünf entsprechenden Richtlinien: Festigung der brüderlichen Beziehungen zu den Kirchen in Rumänien im Geist des Gebets; sorgfältige weitere Beobachtung der Entwicklungen; wechselseitiger Austausch von Besucherdelegationen; Einsatz für die Menschenrechte im Sinne des Wiener KSZE-Schlußdokuments; und Unterstützung für die kirchliche Flüchtlingsarbeit in Ungarn.

Dieser Ausgang einer mit Spannung und Hoffnungen erwarteten Debatte hat in weiten Kreisen Enttäuschung über „mangelnden Mut“ und Kritik an einer als einseitig empfundenen politischen Rücksichtnahme des ÖRK ausgelöst. Das ist sehr wohl verständlich, aber nicht ganz berechtigt. Der ÖRK hat in ähnlichen Fällen immer auf die Stimmen der Kirchen in dem betreffenden Land Rücksicht genommen und einen Weg gesucht, der das Leben und das Zeugnis dieser Kirchen nicht

gefährdet sowie die Aufrechterhaltung der grenzenüberschreitenden ökumenischen Verbindungen nicht behindert. Diese Richtschnur legt dem ÖRK freilich tatsächlich in manchen Fällen Beschränkungen auf, die man nicht politischer Einseitigkeit zuschreiben sollte.

Neuordnung der Programmarbeit

Mit dieser Frage hatte sich der Exekutiv Ausschuß aufgrund von Vorarbeiten aus dem Stab des ÖRK in Genf beschäftigt. Sie wurde vom Vorsitzenden in seinem Bericht vorgetragen. Dabei war nicht eine „große Strukturreform“ im Blick; vielmehr soll nach Wegen gesucht werden, wie die Programmarbeit des ÖRK gestrafft, besser koordiniert, durchsichtiger und flexibler gemacht werden könne. Dabei sollten thematische Überschneidungen vermieden und möglichst auch Kräfte für andere wichtige Aufgaben freigesetzt werden, beispielsweise für eine vertiefte Wahrnehmung der Beziehungen des ÖRK zu seinen Mitgliedskirchen, aber auch zu anderen Kirchen und kirchlichen Zusammenschlüssen auf dem weiten, vielfältig gewordenen Feld der Ökumenischen Bewegung. Einer der Leitgedanken bei diesen Überlegungen war es auch zu erreichen, daß in der Öffentlichkeit das Bild vom ÖRK als einer Weggemeinschaft von Kirchen zu dem Ziel einer biblisch begründeten Einheit im Zeugnis und im Dienst klarer hervortritt.

Die Aussprache über dieses Vorhaben im Zentralausschuß verlief lebhaft und durchaus kontrovers. Nicht alle waren davon überzeugt, daß es an den Strukturen liegt; vielmehr komme es auf ein besseres „Management“ der Programmarbeit an. Andere machten geltend, daß an den Anfang einer programmatischen Neuordnung eine klare Vision vom ÖRK und seinen Zielen gehöre, welche aber erst noch zu erarbeiten ist. Dennoch wurde am Ende mit großer Mehrheit der Beschluß gefaßt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die bis zur nächsten Sitzung im März 1990 die Möglichkeiten einer programmatischen Neuordnung prüfen und entsprechende Vorschläge unterbreiten soll. Einstimmig wurde freilich ein anderer Vorschlag des Exekutiv Ausschusses angenommen, wonach der Generalsekretär einen Prozeß der Beratung mit den Mitgliedskirchen in Gang setzen möge, bei dem es um eine allseitige, gemeinsame Verständigung über Wesen und Auftrag des ÖRK geht, über sein Verhältnis zu den Mitgliedskirchen, aber auch zu Nichtmitgliedskirchen und den vielen anderen christlichen Gruppen. Dabei sollte auch die kommende Vollversammlung in Catterra als eine Gelegenheit zu einer solchen gemeinsamen Beratung genutzt werden.

Vollversammlung 1991

Dem Zentralausschuß lagen in Moskau detaillierte Vorschläge des Planungsausschusses für Ablauf und Programm der Vollversammlung vor. Danach sind für die Plenarsitzungen neben den Berichten, die der Vorsitzende und der Generalsekretär sowie der Finanzausschuß erstatten, und den Einführungen in das Hauptthema (Komm Heiliger Geist – erneuere die ganze Schöpfung) und seine Unterthemen folgende Sachbereiche zur Behandlung vorgesehen:

- Einheit (der Stand der Einheit, den wir erreicht haben; und die Einheit, die wir suchen);

- Bundesschluß für das Leben (Ergebnisse der Weltkonvokation in Seoul für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung);
- Solidarität der Kirchen mit den Frauen;
- Unser Leben miteinander teilen – auf dem Weg zu einer neuen Gemeinschaft (das Verständnis von Mission und Dienst als der Art und Weise, wie die Kirchen als eine Gemeinschaft/Koinonia in der heutigen Welt den ihr aufgetragenen Dienst leisten und ihr Zeugnis ablegen);
- Der Geist spricht zu den Kirchen (dabei soll man auf die Anliegen von Kirchen in aller Welt hören, um zu erfahren „was der Geist den Kirchen sagt“);
- Macht und Machtlosigkeit (am Beispiel von Problemen wie die Landrechte der Ureinwohner in Australien und die Auswirkungen von Atomversuchen auf die Menschen im pazifischen Raum).

Damit stehen die thematischen Schwerpunkte fest, die auf der Vollversammlung zur Verhandlung anstehen. Eine Neuerung werden besondere Veranstaltungen während der Vollversammlung sein, die Kindern die Teilnahme an ihr ermöglichen. Auch wird daran gedacht, eine asiatische Sprache als Arbeitssprache auf der Vollversammlung in Betracht zu ziehen.

Heinz Joachim Held

Die Plenartagung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung in Budapest, 9. bis 21. August 1989

Die Aufbruchsstimmung in Ungarn vom Sommer 1989 hätte auf die 140 Delegierten und zahlreichen Sonderteilnehmer (consultants) sowie die Mitglieder des Genfer Sekretariats der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung (Faith and Order) abfärben können. Das geschah aber nur in sehr begrenztem Ausmaß, und zwar aus zwei Gründen. Einmal waren die Kontakte mit ungarischen Christen und anderen verantwortlichen Bürgern nicht gerade überreich und nur mäßig vorgeplant, zum andern ist die ungarische „Aufbruchsstimmung“ wohl in mancher Hinsicht eher ein westlicher Eindruck und nicht eine präzise Beschreibung der wahren Vorgänge. Fachleute – der Direktor des ungarischen Fernsehens, ein erfahrener Journalist und Mitglied der Partei, sprach an einem Abend zur Versammlung – und Freunde, die wir am Rand der Konferenz in ihren Wohnungen oder Gemeinden aufsuchen konnten, sprechen eher von einer rasanten Evolution der gesellschaftlichen Situation, die schon unter Janos Kádár ins Werk gesetzt worden ist, als von einem eigentlichen Aufbruch.

Über die angemessene Etikettierung der Ereignisse in Ungarn mag Uneinigkeit bestehen, aber zweifellos geschehen Dinge, die wir uns vor wenigen Jahren niemals hätten vorstellen können: die Vergangenheit der letzten Jahrzehnte wird kritisch beleuchtet, und es gibt echte Ansätze zu ihrer Aufarbeitung; einflußreiche, aber verketzernde Persönlichkeiten in Kirche und Gesellschaft werden rehabilitiert; Meinungsfreiheit und das Recht zur öffentlichen Äußerung wird allenthalben angestrebt und hochgehalten. Es fragt sich nur, inwieweit Menschen bereitstehen, die den neuen